

31. März 2010 | Nr. 494

Rülke und Arnold: Mehr Eigenständigkeit im Bildungsbereich

Werkrealschule, Inklusion und Lehrerausbildung im Blickpunkt der Liberalen - „Wir haben bewiesen, dass wir gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten nicht an Bildung sparen. Mehr noch, wir investieren in erheblichem Umfang zusätzlich in die Bildung. Dies sagte der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke, auf einer Landespressekonferenz in Stuttgart.

„Konkret bedeutet dies rund 530 Millionen Euro für die Senkung des Klassenteilers und für zahlreiche weitere Qualitätsverbesserungen im Schulbereich. Weiter wird das Land jährlich rund 140 Millionen Euro für die Umsetzung des Orientierungsplans in den Kindergärten aufbringen.“ Der Fraktionsvorsitzende sprach auch das Hochschulausbauprogramm 2012 an, das im Endausbau über 200 Millionen Euro für 20 000 neue Studienanfängerplätze umfassen wird. Diese Ressource müsse nicht zuletzt im Interesse des Steuerzahlers effektiv und im Sinne einer echten Qualitätsverbesserung im Bildungswesen eingesetzt werden. Nach den Worten von Rülke dürfe man sich auf dem Erreichten jedoch nicht ausruhen. Nachdem Baden-Württemberg im Bereich der Bildungsausgaben pro Kopf an der Spitze der westdeutschen Flächenländer liege, hätte ein von der bayerischen Wirtschaft in Auftrag gegebenes Gutachten zur Bildungsautonomie in den deutschen Bundesländern für Baden-Württemberg insgesamt einen Platz im guten Mittelfeld festgestellt. „Das ist für uns Liberale ein Hinweis, dass Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg hin zu einem Bildungswesen der Eigenständigkeit und Selbstverantwortung ist. Gleichzeitig sind wir aber auch aufgefordert, in diesem wichtigen Bereich intensiv weiterzuarbeiten“, sagte Rülke. Die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion, Dr. Birgit Arnold, unterstrich, dass die FDP/DVP-Fraktion das Konzept der neuen Werkrealschule von Anfang an unterstützt habe. „Vor allem von den zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur individuellen Förderung und von der verstärkten Berufsorientierung erwarten wir uns, dass mehr Schüler als bisher zur mittleren Reife gelangen. Wichtig war und ist uns aber, dass die geforderte Zweizügigkeit im Interesse der Verantwortlichen vor Ort so flexibel wie möglich ausgestaltet werden kann. Die FDP/DVP-Fraktion hält an ihrer Auffassung fest, dass nicht nur in den Klassenstufen 5 bis 7, sondern auch ab Klasse 8 die Verteilung einer unter einer gemeinsamen Schulleitung stehenden Werkrealschule auf mehrere Standorte durch das Schulgesetz gedeckt ist und zugelassen werden kann.“ Damit hätte man an der Basis bei der Umsetzung der neuen Werkrealschule viel Unruhe vermeiden können. Nach den Worten von Arnold ist der Entwicklungsprozess noch nicht abgeschlossen: „Hier nehmen wir die Kultusministerin beim Wort, dass das gesamte Konzept nicht in Stein gemeißelt sei und man dies gegebenenfalls zeitnah korrigieren werde.“ Mit Hinblick auf die Hauptschulen setzt sich die FDP/DVP-Fraktion auch weiterhin für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Realschulen in Form von Schulverbänden oder anderen Kooperationsformen ein. „Wir gehen davon aus, dass durch die neue Werkrealschule mit ihren Wahlpflichtfächern etwa vorhandene Berührungspunkte

zwischen Haupt- und Realschulen abgebaut werden können“, so Arnold. Arnold begrüßte die Äußerungen der Kultusministerin zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. „Wir unterstützen die Bemühungen von Prof. Dr. Schick, vorhandene Hürden abzubauen und betroffenen Familien die nötige Hilfestellung zu geben.“ Dabei wolle die FDP/DVP-Fraktion die Sonderschulen in ihrer erfolgreichen Arbeit stärken und zugleich kooperationswilligen Schulen neue Wege der inklusiven Beschulung eröffnen. Den Verantwortlichen vor Ort müsse so viel Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit wie möglich gelassen werden. „Auch hier gilt unser Grundprinzip – von unten herauf wachsen lassen“, so Arnold. „Ich bin auch froh“, so Arnold weiter, „dass der liberale Vorstoß in der Regierungskoalition erfolgreich war, für die Regelstudienzeit angehender Grundschullehrer zukünftig acht Semester anzusetzen. Damit werden in Zukunft auch Grundschullehrer eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten. Bei der Ausgestaltung der Lehramtsstudiengänge sollten wir allerdings den Studierenden einerseits und den Pädagogischen Hochschulen andererseits genügend Gestaltungsspielraum lassen.“ So sei mehr Wahlfreiheit bei der Fächerkombination geboten. Außerdem sollten Musik, Kunst und Sport als eigenständige Fächer erhalten bleiben und nicht im Verbund studiert werden.